

Berlin schafft gute Bildung!

Mit der Schulstrukturreform sollen Berlins Schülerinnen und Schüler jetzt die bestmögliche individuelle Förderung bekommen. Das ist eines der wesentlichen Ziele der Reform, die im Januar 2010 von der SPD beschlossen wurde. „Es geht darum, dass wir unseren Kindern mehr Chancen geben wollen“, sagt SPD-Vorsitzender Michael Müller und Bildungsminister Jürgen Zöllner (SPD) betont: "Ich will, dass die Leistungsfähigkeit aller Schülerinnen und Schüler gesteigert wird.“ Die Reform ermöglicht genau das:

- **Überschaubare Strukturen: Mit Sackgassen in der Bildung ist Schluss!**
Die Vielgliedrigkeit im Schulsystem hat sich nicht bewährt. Nach der Grundschule ermöglichen ab jetzt zwei Schulformen – die neue Integrierte Sekundarschule und das Gymnasium – den Weg bis zum Abitur. Das ist gerechter, flexibler und durchlässiger. Die häufig als „Restschule“ bezeichnete Hauptschule wird abgeschafft.
- **Individuelle Förderung: Den richtigen Weg für jedes Kind bieten!**
Die Sekundarschule bietet mit dem Abitur einen gleichwertigen Abschluss, aber mit einem Jahr mehr Zeit. Sie setzt auf praxisorientiertes Duales Lernen in Zusammenarbeit mit den Betrieben und führt nach 10 Jahren zu den mittleren Schulabschlüssen. Alle Sekundarschulen sind Ganztagschulen bis 16:00 Uhr. Gleichzeitig werden die Gymnasien gestärkt, die nun unterschiedliche Profile ausbilden können.
- **Bessere Ausstattung und mehr Personal: Wir investieren in Bildung!**
Mit nur noch max. 25 SchülerInnen sind die Klassen deutlich kleiner, es stehen mehr Lehrer zur Verfügung. Zusätzlich gibt es für Schüler nichtdeutscher Herkunft oder mit Lernmittelbefreiung Förderstunden. Daneben werden über 400 Mio. Euro aus den Konjunkturprogrammen gezielt für die Erneuerung der Berliner Schulen eingesetzt – in Mensen für eine bessere Ganztagsbetreuung und andere Sanierungsprojekte. Davon profitieren nicht nur die neuen Sekundarschulen sondern auch die Gymnasien in Berlin.

Der Weg für mehr und gerechtere Bildungschancen ist damit frei!

Wir haben dafür breite gesellschaftliche Unterstützung von Verbänden wie IHK und Handwerkskammer, von der Elternvertretung, von der Gewerkschaft der Lehrer bekommen. Die SPD und der rot-rote Senat werden jetzt an einer erfolgreichen Umsetzung arbeiten – im Interesse der Kinder.